



Gesundheitskosten durch Digitalisierung senken?

Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft gibt Handlungsempfehlungen

Die Finanzierung des Gesundheitswesens ist eine der großen Zukunftsherausforderungen. Da sind sich alle Beteiligten einig. Auch die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw) hat sich Gedanken darüber gemacht, wie die medizinische Versorgung trotz der demografischen Entwicklung und des medizinisch-technischen Fortschritts bezahlbar bleiben kann und konkrete Handlungsempfehlungen vorgelegt.

Der Zukunftsrat der vbw, dem renommierte Wissenschaftler sowie Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung angehören, will einerseits die Versorgungsqualität erhalten und ausbauen, andererseits die Ausgaben nicht weiter erhöhen. Letzteres ist verständlich, da die Arbeitgeber durch die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) steigende Beiträge mitfinanzieren müssen. Einige Forderungen, die die vbw erhebt, sind deckungsgleich mit denen der ärztlichen und zahnärztlichen Selbstverwaltung. Beispiele dafür sind mehr Transparenz in der GKV, der Erhalt der flächendeckenden Versorgung, weniger Bürokratie, eine Stärkung der Eigenverantwortung der Patienten, eine präventionsorientierte Medizin, mehr Wettbewerb und die Sicherung des Fachkräftebedarfs.

Datenhoheit beim Patienten

Skeptischer sehen die Zahnärzte und ihre Körperschaften dagegen die Forderung nach einer raschen und zu weitgehenden Digitalisierung des Gesundheitssystems, von der sich die vbw vor allem mehr Effizienz und Einspareffekte verspricht. Deshalb müsse „die elektronische Patientenakte

umgehend eingeführt sowie durch leistungsfähige Plattformen für die diagnostischen und therapeutischen Patientendaten“ ergänzt werden. Insellösungen seien nicht zielführend. Immerhin misst die vbw aber auch der Datensicherheit einen hohen Stellenwert bei. „Für eHealth-Anwendungen ist ein gestuftes Verfahren erforderlich, das die Anforderungen vom Risiko für den Nutzer abhängig macht. Ihr Nutzen muss in klinischen Studien untersucht werden“, heißt es in den Handlungsempfehlungen. Und auch zu der Frage, wer Herr über die sensiblen Gesundheitsdaten ist, bezieht die vbw klar Stellung: „Die Hoheit muss beim Patienten beziehungsweise Bürger belassen werden, der dann Ärzten, Krankenhäusern oder weiteren Dritten Zugriff gewähren kann.“

Wachsender Wirtschaftszweig

Als Interessenvertretung der bayerischen Arbeitgeber sieht die vbw den Medizinbereich aber nicht nur als Kostenfaktor, sondern auch als wichtigen Wirtschaftszweig. So generiere das Gesundheitswesen bundesweit eine Wertschöpfung von rund 260 Milliarden Euro, was zehn Prozent der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung entspricht. In Bayern liegt dieser Wert mit acht Prozent etwas niedriger, was sich unter anderem durch die jüngere Bevölkerung erklären lässt. Bundesweit arbeiten 5,9 Millionen Menschen in der Gesundheitswirtschaft, in Bayern rund 900 000. Das entspricht einem prozentualen Anteil von 13,5 (bundesweit) beziehungsweise 12,1 Prozent (Bayern) der Gesamtbeschäftigten.

Die vbw rechnet hier mit einem weiteren Zuwachs. Bis 2045 würden bundesweit 15,2 der Beschäftigten im Gesund-

heitsbereich arbeiten, in Bayern werden es 13,1 Prozent sein. „Insgesamt ist das prognostizierte Wachstum jedoch kein Selbstläufer. Besonders der Teilbereich der industriellen Gesundheitswirtschaft wird nur dann national wie international Erfolg haben, wenn die Unternehmen attraktive Produkte und passende Lösungen anbieten, die künftig verstärkt nachgefragt werden“, schreibt die vbw. Insbesondere Innovationen in den Bereichen Biotech, Nanotechnologie, Medizintechnik und Pharma müssten intensiver gefördert werden. Die Therapieforschung müsse künftig Diagnose, Gerätemedizin, Daten und Pharmazeutik als Teile eines Ganzen begreifen und stärker die Schnittstellen besetzen. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Universitäten und Krankenhäuser müssten zu Innovationszentren gebündelt werden. Eine steuerliche Forschungsförderung sei für Unternehmen jeder Größenordnung und unter Beibehaltung der Projektförderung erforderlich, weitere steuerliche Anreize zur Mobilisierung privaten Vermögens wären sinnvoll, schreiben die Autoren. Im Bereich der Arzneimittelforschung sollte sich der Staat unter Versorgungsgesichtspunkten vor allem darum kümmern, Lücken bei der Therapie von Krankheiten zu schließen, die aus wirtschaftlichen Gründen nicht im Fokus stünden.

Zweiter Gesundheitsmarkt

Der „zweite Gesundheitsmarkt“ umfasst alle Waren und Dienstleistungen, die nicht von der gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung bezahlt werden. Dazu gehören die Bereiche Fitness, Wellness, Gesundheitstourismus, Nahrungsergänzungsmittel oder auch die rein ästhetische

Medizin und Zahnmedizin. Die vbw geht davon aus, dass heute bereits rund 25 Prozent der gesundheitsbezogenen Ausgaben auf den zweiten Gesundheitsmarkt entfallen. Das wären über 100 Milliarden Euro. Auch dieser Bereich wird weiter wachsen.

Gezielte Zuwanderung

Interessant sind auch die Überlegungen der vbw zur Reduzierung des Fachkräftemangels. Hier empfiehlt die Studie eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen etwa durch den Einsatz von Assistenzsystemen sowie der Rahmenbedingungen wie beispielsweise die Kinderbetreuung. Gleichzeitig brauche es eine gezielte Zuwanderung von Fachkräften.

Mehr Studienplätze

Der Ärztemangel vor allem im ländlichen Raum ist bereits heute spürbar. Damit er sich nicht weiter verschärft, fordert die vbw Anreizsysteme für die Übernahme von Landpraxen sowie eine Erhöhung der Zahl der Studienplätze. Bayern sei hier mit der Gründung der Medizinfakultät in Augsburg auf einem guten Weg. Zu überdenken seien aber auch die Zugangsvoraussetzungen. Dabei müsse sichergestellt sein, dass „die Bewerber tatsächlich die erforderlichen Kompetenzen auch für den Einsatz in unterversorgten Regionen mitbringen“.

Investitionsstau auflösen

Im stationären Bereich sieht die vbw einen Investitionsstau, den es aufzulösen gelte. So müsse gezielt in Hightech

investiert werden. Als Beispiel wird die Hochleistungssequenzierung von Genomen genannt. Die experimentelle Medizin müsse ebenfalls gestärkt und besser mit der Industrie vernetzt werden. Angesichts des demografischen Wandels seien in allen Regionen Bayerns zusätzliche altmedizinische Zentren erforderlich.

Die Zahl der Erwerbstätigen wird sich voraussichtlich in den kommenden Jahren verringern, gleichzeitig nehmen die Anzahl älterer Personen und damit auch der zu erwartende Versorgungsbedarf zu. Es fehlen künftig also Beitragszahler, über die die Kosten, die die aktuellen Herausforderungen mit sich bringen, finanziert werden können.



Ein anderer wichtiger Aspekt sind Forschung und Entwicklung. Dies schließt auch Verfahren der Künstlichen Intelligenz (KI) und Big Data mit ein. Wenn sich Forschungseinrichtungen, Universitäten wie auch Krankenhäuser künftig als Innovationszentren zusammenfänden und ihre Stärken bündelten, wäre dies ein großer Schritt in Richtung Weiterentwicklung und Effizienzsteigerung des Gesundheitswesens.

Systemen“, heißt es dazu lediglich. Die Frage, ob die rot-grüne Bürgerversicherung oder die einst von der Union propagierten Kopfpauschalen der richtige Weg sind, lässt die Studie offen.

Das Fazit: Die Handlungsempfehlungen des Zukunftsrats der vbw sind detailliert und fachlich fundiert. Sie geben der Politik klare Arbeitsaufträge. Die vbw ist aber

auch klug genug, als überparteiliche Lobby-Organisation die wirklich heißen Eisen zu umschiffen. Der Spielball liegt weiterhin auf dem Feld der Gesundheitspolitik, die sich spätestens dann, wenn die Beitragseinnahmen nicht mehr so kräftig sprudeln wie derzeit, mit der Neuausrichtung des GKV-Systems beschäftigen muss.

Leo Hofmeier

Zukunftsfeste Finanzierung?

Etwas vage bleiben die Ausführungen der vbw zur Finanzierung des Gesundheitswesens. Zwar solle die gesetzliche Krankenversicherung von der demografischen und konjunkturellen Entwicklung „entkoppelt“ und der Faktor Arbeit nicht weiter belastet werden. Wie dieses Ziel erreicht werden soll, verschweigen die Autoren aber. „Aspekte, die einer näheren Prüfung bedürfen, sind die kostenlose Mitversicherung in der GKV und die Ausgestaltung der Wahlfreiheit zwischen den

DER VBW-ZUKUNFTSRAT

Die vbw – Vereinigung der Wirtschaft Bayerns e.V. ist die zentrale Interessenvertretung der bayerischen Wirtschaft. Sie vertritt 133 bayerische Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie 42 Einzelunternehmen. Bayernweit sind in den Unternehmen der vbw-Mitglieder etwa 4,8 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte tätig – das sind fast 90 Prozent aller Beschäftigten im Freistaat. Der Zukunftsrat der vbw gibt seit seiner Gründung im Jahr 2014 Orientierung im Hinblick auf die großen technologischen Trends der kommenden fünf bis zehn Jahre. Ihm gehören 18 Wissenschaftler verschiedenster Disziplinen sowie Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung an. Den Vorsitz haben vbw-Präsident Alfred Gaffal und Professor Wolfgang A. Herrmann, Präsident der TU München, inne.



Abbildung: freepik.com/kelemangostar